

# Presseinformation



*Es gilt das gesprochene Wort!*

## TOP 18 – Stärkung der Berufs- und Studienorientierung

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin  
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Ines Strehlau:**

## **Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 267.18 / 05.07.2018**

## **Wir brauchen ein Gesamtkonzept Berufsorientierung**

„Ich hab keine Ahnung, was ich nach der Schule machen soll“. Diesen Satz hört man oft unter den Schüler\*innen der Abschlussjahrgänge unserer Schulen. Das zeigt, bei der Berufsorientierung an den Schulen ist noch Luft nach oben.

Dabei ist die Berufsorientierung an unseren Schulen integrativer Bestandteil aller Fächer und Jahrgangsstufen. Es gibt an jeder weiterführenden Schule eine Lehrkraft, die für die Berufsorientierung zuständig ist. Es gibt viele Kooperationen von Schulen mit Betrieben. Es gibt dazu Koordinator\*innen Schule-Wirtschaft in den Regionen und Kreisfachberater\*innen Berufsorientierung. Außerdem arbeiten Schulen und die Agentur für Arbeit zusammen. Jeder Schule ist ein Berufsberater oder eine Berufsberaterin zugeordnet. Und es gibt Berufseinstiegsbegleiter\*innen der Agentur für Arbeit und Coaches, die Schüler\*innen auf dem Weg in den Beruf beraten und begleiten. In einigen Kreisen und kreisfreien Städten gibt es inzwischen Jugendberufsagenturen, die Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützen und dafür sorgen, dass kein Jugendlicher und keine Jugendliche auf dem Weg von der Schule in den Beruf verloren geht.

Und trotzdem hatten im Mai diesen Jahres noch 7600 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig gab es rund 9600 freie Ausbildungsplätze. Die Quote der Jugendlichen, die ihre Ausbildungsverträge lösen ist mit 27,3 Prozent ziemlich hoch – und noch höher als im Bundesschnitt. Es wechseln jedes Jahr etwa 7000 Jugendliche von der Schule nicht direkt in eine Ausbildung. Das sind viel zu viele.

All das zeigt: Wir müssen noch besser werden. Deshalb bitten wir mit unserem Antrag das Bildungsministerium ein Gesamtkonzept Berufsorientierung für die allgemeinbildenden Schulen zu erarbeiten. Wichtig ist dabei, die Akteure noch mehr miteinander zu vernetzen und herauszuarbeiten, welche Bausteine gut sind, welche noch besser werden können und welche neuen Elemente dazu sinnvollerweise dazu kommen können.

Ein solcher Baustein ist, die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen von Berufsschullehrkräften durchführen zu lassen. Diese Idee halten wir Grüne schon seit langem für gelungen. Die Berufsschullehrkräfte kennen durch die Arbeit mit Berufsschüler\*innen und mit den Ausbildungsbetrieben in der dualen Ausbildung viele Berufe und wissen, was in welchem Beruf für Qualitäten und Fähigkeiten gebraucht werden.

Um diese Expertise zu erhalten, ist für uns eine zeitlich begrenzte oder stundenweise Abordnung an die allgemeinbildende Schule sinnvoller als die Berufsschullehrkräfte ganz in die Berufsorientierung überzuleiten. Die Arbeitswelt ändert sich rasant. Da muss der Kontakt zur dualen Ausbildung bleiben. Es muss auch überlegt werden, ob es Veränderungen bei den Praktika geben sollte. Bringen die Praktika tatsächlich etwas für die Berufswahl? Sollte man vielleicht längerfristige Praktika in den Betrieben machen? Es gibt Schulen, wo die Schüler\*innen einen oder mehrere Tage in der Woche im Betrieb sind. Sie machen gute Erfahrungen.

Auch die Arbeitsbedingungen und die Vergütung in der Ausbildung sind ein wichtiger Faktor. Die beste Berufsorientierung nützt nichts, wenn der Beruf, der zu einem Schüler oder einer Schülerin passt, nicht attraktiv ist. Schlechte Arbeitsbedingungen bei wenig Lohn lassen viele Ausbildungsplätze unbesetzt. Der Pflege- und der Hotel- und Gaststättenbereich ist so ein Beispiel. Da muss die Wirtschaft sich bewegen.

Der Fachkräftemangel entwickelt sich zunehmend zu einem Problem. Auch im Handwerksbereich bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Auch viele Abiturient\*innen stehen ratlos vor ihrer Studien und Berufswahl. Von vielen Schüler\*innen wird bemängelt, dass die Studien- und Berufsorientierung nicht intensiv genug war. Wir möchten gerne unseren Antrag in der Sache abstimmen, damit das Bildungsministerium schon einmal beginnen kann an dem Konzept zu arbeiten, den SPD Antrag möchten wir in den Ausschuss überweisen, um dort weiter zu beraten. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

\*\*\*